

## Kreistag Teltow–Fläming gegen Kürzung der Kinder- und Jugendarbeit

Dieser Beschluss wurde in der Sitzung am 29.9.2003 einstimmig gefasst, nachdem die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Maritta Böttcher (PDS) diesen in den Kreistag eingebracht hatte:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag Teltow–Fläming lehnt die beabsichtigte Kürzung von Stellen aus dem „610–Stellen–Programm“ ab.
2. Der Kreistag Teltow–Fläming fordert die Landesregierung auf, keine Kürzungen bei der Förderung von Personalkosten von sozialpädagogischen Fachkräften in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit vorzunehmen.
3. Der Kreistag Teltow–Fläming appelliert an die Abgeordneten des Landtages Brandenburg einen solchen Beschluss zur Kürzung des Stellenkontingents nicht zu fassen.
4. Der Kreistag Teltow–Fläming erwartet vom Gesetzgeber, Rechtssicherheit zu gewährleisten und nicht in bestehende und damit verbindliche Verträge (Arbeitsverträge) und Beschlüsse des Kreistages einzugreifen.

Begründung:

In der Kinder– und Jugendarbeit gilt wie in keinem anderen Bereich, dass vorbeugen besser als heilen ist.

Eine Reduzierung um sechs Stellen im Landkreis auf nur noch 29 Stellen würde vor allem den ländlichen Raum noch mehr ausbluten, weil sich Angebote in unverantwortlicher Weise verschlechtern bzw. ganz wegfallen würden.

Der Landkreis kann auf keine einzige Stelle in Jugendklubs, bei Streetworkern oder in der Schulsozialarbeit verzichten. Im Gegenteil: Es wird immer nötiger Stellen aufzustocken.

Im vergangenen Jahr hat das Bildungsministerium gerade dieses Programm, das „610–Stellen–Programm“, bis 2005 verlängert.

In unserem Landkreis hat ein Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses intensiv an der Bedarfsplanung und schließlich im Ausschuss unter Einbeziehung freier Träger und an der Jugendarbeit Beteiligter schließlich an der Vergabe der 35 Stellen gearbeitet.

Und nun soll das, was der Landtag damals beschloss und was der Bildungsminister sagte, nicht mehr gelten? „Die dreijährige Laufzeit gibt den Jugendämtern und freien Trägern der Jugendhilfe eine hohe Planungssicherheit.

Die Verträge sind geschlossen. Es wird Verfahren geben und es wird die Motivation des Personals auf der Strecke bleiben. Ohne Motivation fehlt auch der Optimismus und damit die Kraft für eine solche verantwortungsbewusste Arbeit. Das dürfen wir nicht zulassen.

Auch gibt es in dem Brief, den die Kreisverwaltung vom Ministerium erhalten hat, merkwürdige Rechnungen, die jegliche pädagogische und soziologische Anforderungen ausblenden.

In diesem sensiblen Bereich der Kinder- und Jugendarbeit verbietet es sich von Tabus zu sprechen. Hier geht es um konkrete Wahrnehmung unverzichtbarer pädagogischer Angebote der Jugendarbeit.